



Rechtsanwältin,
Steuerberaterin
Mona-Larissa Staud

S-K- Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Rechtsanwälte in Frankfurt am Main

- Email ms@sk-berater.com
- Telefon +49 69 971 231-0

Solidaritätszuschlag 2020, 2021 – aktueller Stand – Einspruch einlegen?!

Was ist NEU?
Auf einen Blick

Der **Solidaritätszuschlag („SolZ“)** wurde mit dem Gesetz zur Rückführung des Solidaritätszuschlags (RückfSolzG) mit Wirkung zum **01.01.2021 weitgehend abgeschafft**. Der SolZ wird weiterhin festgesetzt bei Spitzenverdienern (Einkommensteuer). Der Steuersatz für Kapitalerträge und die Körperschaftsteuer bleibt zudem unverändert.

Trotz Vorläufigkeitsvermerken in den Steuerbescheiden hinsichtlich der Frage, ob die fortgeltende Erhebung eines SolZ für Veranlagungszeiträume ab 2020 bzw. 2021 verfassungsgemäß ist (§ 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 Abgabenordnung [AO]), empfehlen wir Ihnen, gegen Ihren Steuerbescheid **Einspruch** einzulegen.

Solidaritätszuschlag ab 2021

Durch das RückfSolzG ist der SolZ ab 2021 für rund 90% derer vollständig weggefallen, die ihn vorher bezahlen mussten. Für weitere ca. 6,5 % ist der Zuschlag zumindest in Teilen entfallen. Für rund 3,5%, die jeweils ein sehr hohes Einkommen beziehen (Spitzenverdiener), bleibt es bei der bisherigen Rechtslage. Der SolZ beträgt grundsätzlich 5,5 % von der berechneten Einkommensteuer. Jedoch wird der SolZ erst ab einer bestimmten Höhe der Einkommensteuer berechnet. Diese **Freigrenze** ist seit 01.01.2021 erreicht, wenn die **Einkommensteuer** pro Jahr

- mehr als 16.956 EUR bei Alleinstehenden oder
- mehr als 33.912 EUR für Ehegatten und Personen in der Lohnsteuerklasse III beträgt.

Oberhalb dieser Freigrenze schließt sich eine sogenannte **Milderungszone** an, in der der SolZ nicht in voller Höhe erhoben, sondern schrittweise an den vollen Satz in Höhe von 5,5 % herangeführt wird. Mit Hilfe einer gesonderten Berechnung wird dafür gesorgt, dass die Höhe des SolZ ab Überschreitung der Freigrenzen langsam anwächst. Der SolZ darf seit 2021 nicht mehr betragen als 11,9 % des Unterschiedsbetrags zwischen Einkommensteuer und Freigrenze. Dadurch sind erst ab einer bestimmten Einkommensteuerlast die vollen 5,5 % SolZ zu berechnen. Im Jahr 2021 ist das bei Festsetzung einer Einkommensteuer ab 31.527,56 EUR (Einzelveranlagung) bzw. 63.055,13 EUR (Zusammenveranlagung).



Rechtsanwältin,
Steuerberaterin
Mona-Larissa Staud

Spitzenverdiener sind im Jahr 2021 Steuerpflichtige, deren zu versteuerndes Einkommen

- über 57.918 EUR (Alleinstehende) bzw.
- über 115.838 EUR (Verheiratete) liegt.

Der Steuersatz für **Kapitalerträge** und die **Körperschaftsteuer** bleibt unverändert, so dass Kapitalanleger und Kapitalgesellschaften nicht von der Senkung des SolZ profitieren. Für Kapitalanleger gilt aber weiterhin die Günstigerprüfung.

Die weitgehende Abschaffung des SolZ kommt auch kleinen und mittelständischen Unternehmern zugute, wenn es sich um **Einzelunternehmer oder Gesellschafter einer Personengesellschaft** (GbR, OHG, KG) handelt. Ihre Gewinne unterliegen in der Regel der Einkommensteuer. Laut BMF werden rund 88 % dieser Gewerbetreibenden vollständig vom SolZ befreit, wenn sie ausschließlich Gewerbeeinkünfte erzielen. Weitere 6,8 % dieser Gewerbetreibenden profitieren zumindest teilweise. Für 5,2 % dieser Gruppe bleiben die bisherigen Zahlungen unverändert bestehen.

Vorläufigkeitsvermerk

Die Finanzämter setzen den SolZ und SolZ-Vorauszahlungen (VZ) in Steuerbescheiden in der Regel mit dem Vermerk „**Die Festsetzung der Steuer ist gemäß § 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 AO teilweise vorläufig**“ fest, nämlich für den VZ ab 2020 hinsichtlich der Frage, ob die fortgeltende Erhebung eines SolZ nach Auslaufen des Solidarpakts II zum 31.12.2019 verfassungsgemäß ist.

Gerichtsverfahren – Verfassungsrecht

Der SolZ war und ist Gegenstand zahlreicher gerichtlicher Auseinandersetzungen, zu denen vom Bundesverfassungsgericht (BVerfG) und vom Bundesfinanzhof (BFH) teilweise bereits Entscheidungen mit unterschiedlicher Begründung zu verschiedenen Fragestellungen ergangen und teilweise noch anhängig sind. Die beiden aktuell wichtigsten Verfahren sind eine Musterklage wegen Fortführung des SolZ ab 2020 beim BFH unter dem Aktenzeichen IX R 15/20 und eine Verfassungsbeschwerde wegen Fortführung des SolZ 2020 und Teilfortführung ab 2021 beim BVerfG unter dem Aktenzeichen 2 BvR 1505/20.

Was zu tun ist

Nach der Rechtsprechung des BFH kann trotz vorläufiger Festsetzung wegen anhängiger Musterverfahren ein Rechtsschutzbedürfnis für das Klageverfahren anzunehmen sein, wenn besondere Gründe materiell-rechtlicher oder verfahrensrechtlicher Art substantiiert geltend gemacht werden (gegen dieses Urteil ist unter dem Aktenzeichen AR 9124/10 Verfassungsbeschwerde beim BVerfG eingelegt worden). Weil die zu klärenden Rechtsfragen und Begründungen variieren, ist es ungewiss, wie die noch anhängigen Verfahren entschieden werden und ob zum Beispiel gegen das zu erwartende Urteil des BFH Verfassungsbeschwerde eingelegt wird. Deshalb empfehlen wir Ihnen, die fachliche Unterstützung für die Prüfung der



Rechtsanwältin,
Steuerberaterin
Mona-Larissa Staud

Erfolgsaussichten eines Einspruchs gegen Ihren Einkommensteuer- oder Körperschaftsteuerbescheid sowie alle Vorauszahlungsbescheide ab 2020 bzw. 2021 als sinnvoll zu erachten. Haben Sie hierzu Fragen und wünschen Sie sich einen Gesprächspartner zu diesem Thema, sind wir gerne für Sie da. Bitte senden Sie uns Ihr Anliegen per Mail oder rufen Sie uns an.

Dresden: dresden@sk-berater.com
+49 351 254 77-0
Frankfurt am Main: frankfurt@sk-berater.com
+49 69 971 231-0

www.sk-berater.com